

UNTERSTÜTZUNG INDIGENER VÖLKER

HINTERGRUNDINFORMATIONEN ZUM RECHTSHILFEFONDS DES KLIMA-BÜNDNIS



Klima-Bündnis

Rechtshilfefonds

Hintergrundinformationen zum Rechtshilfefonds des Klima-Bündnis zur Unterstützung indigener Völker

Das Klima-Bündnis arbeitet seit fast 30 Jahren in direkter Kooperation mit indigenen Organisationen des Amazonasbeckens. Neben politischer und institutioneller Unterstützung, werden einzelne Organisationen auch in rechtlichen Fragen beraten und begleitet.

Entstehung des Fonds: Verletzung und Missachtung indigener Rechte

Angriffe auf indigene Gemeinden, illegale Abholzungen, Bergbau oder auch die Förderung von Erdöl und -gas auf indigenen Territorien – solche Ereignisse sind im Amazonasgebiet leider oft Alltag. Diese Übergriffe zerstören die Lebensgrundlage der dort lebenden Menschen und tragen gleichzeitig zum Klimawandel bei. Für viele indigene Völker ist es oftmals sehr schwierig Rechtsbeistand zu finden, um Übergriffe anzuzeigen und eine Missachtung ihrer Rechte vor Gericht zu bringen.



Indigenen Völkern einen unmittelbaren Zugang zu einem Rechtsbeistand zu garantieren: Das war die Idee als Juan Chávez Muñoz, Shipibo-Vertreter aus Peru, der Mitgliederversammlung des Klima-Bündnis 1996 die Einrichtung eines Rechtshilfefonds vorschlug. Dabei dachte er sicherlich an die beschuldigten Shipibo in den Gefängnissen von Pucallpa in Peru oder an die Kichwa in Ecuador, die sich gegen die Zerstörung ihrer Umwelt durch die Erdölfirmen bedroht sahen oder an die von Großgrundbesitzern in Brasilien vertriebenen Makuxi.

Fälle von Verletzungen der Rechte indigener Völker gibt es bis heute – weltweit.

Funktion des Fonds: Existenzsicherung und Waldschutz

Die Erlangung kollektiver Eigentumsrechte auf ihr traditionell genutztes Land ist ein fundamentales Anliegen unserer Partner. Ein rechtlich garantiertes Territorium bildet die Grundlage für die Existenz der indigenen Völker. Auf dieser Basis können sie ihre erprobten Formen der Regenwaldnutzung weiterführen, die mittlerweile in ihrer Nachhaltigkeit anerkannt sind. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität in den tropischen Regenwäldern und verhindern damit gleichzeitig zusätzliche CO₂-Emissionen durch Abholzung oder Brandrodung für extensive Viehzucht oder Sojaanbau.

DIREKTE UNTERSTÜTZUNG
INDIGENER VÖLKER

Schwerpunkte

Der Fonds finanziert unter anderem Anwalts- und Verfahrenskosten. So wurde bereits der Freispruch mehrerer indigener Vertreter*innen erreicht, die von Bergbau-Unternehmen verklagt wurden. In vielen Auseinandersetzungen geht es um das Eindringen von Erdölfirmen in indigene Gebiete.

Es werden aber auch Treffen finanziert, um die indigenen Gemeinden über ihre Rechte zu informieren.

Der Stellenwert eines Rechtshilfefonds wird deutlich, wenn man bedenkt, wie dringend eine meist punktuelle Unterstützung benötigt wird. Um auf viele dringende Anfragen unmittelbar reagieren zu können, ist die Ausweitung des Rechtshilfefonds von enormer Bedeutung. Die indigenen Völker hoffen, auch weiterhin auf eine Unterstützung ihrer Partner im Klima-Bündnis, so dass die beschlossene Partnerschaft zwischen europäischen Kommunen und den indigenen Völkern weiter konkretisiert wird.

Ziele der einzelnen Vorhaben

Neben dem allgemeinen Ziel der Existenzsicherung indigener Völker und dem Erhalt des Regenwalds als Beitrag zum globalen Klimaschutz, versuchen die einzelnen Projekte zur Erreichung folgender Ziele beizutragen:

- Verbesserung der Lebensbedingungen der ländlichen und indigenen Gemeinden
- Stärkung des Umweltbewusstseins und Förderung von erneuerbaren Energien
- Verminderung von CO₂-Emissionen
- Kooperation und Förderung der Beziehungen zwischen Gemeinden und Schulen in Europa und Amazonien
- Beitrag zur Agenda 2030, vor allem zu SDG 16

Aufgaben und Verantwortungen der Europäischen Geschäftsstelle des Klima-Bündnis

- Allgemeine Koordination der Projekte (Annahme der konkreten Anfragen von beiden Seiten)
- Vermittlung zwischen europäischen Kommunen und indigenen Organisationen vor Ort
- Informationsaustausch zwischen den Kommunen und indigenen Organisationen
- Öffentlichkeitsarbeit in Europa
- Administrative Abwicklung (Übermittlung der Gelder, Ausstellung von Spendenquittungen)
- Berichterstattung an Spenderkommune

BEISPIELE FÜR UNTERSTÜTZUNGEN AUS DEM RECHTSHILFEFONDS

Seit 1996 wurde eine Vielzahl Anfragen direkt über den Fonds finanziert. Der Bedarf wurde dabei stets von den Projektpartnern direkt beim Klima-Bündnis gemeldet; die Unterstützung erfolgte auf direktem Weg.

Kolumbien

Putumayo gilt als eines der konfliktreichsten Gebiete in Kolumbien. Die indigenen Gemeinden wurden seit 2004 sowohl durch das Militär, die Guerilla-Organisationen, eindringende Siedler*innen und die Erdölförderung in der Region bedroht. Über den Fonds konnte eine Beratung und Begleitung von indigenen Organisationen durch einen Rechtsanwalt im Bezirk Putumayo ermöglicht werden.

Schwerpunkte der Maßnahmen waren:

- Beratung der indigenen Gemeinschaften bei der Beantragung und Legalisierung indigener Territorien.
- Beratung und Begleitung der Gemeinschaften bei der Suche nach rechtlichen Lösungen in Konflikten mit dem Staat oder privaten Firmen bei Entwicklungsprojekten oder Ausbeutung von natürlichen Ressourcen.
- Schulung von indigenen Gemeinden, um Strategien im Umgang mit Erdölfirmen zu entwickeln.

Peru

In den Jahren 1997 und 1998 sind Siedler*innen aus der Anden-Region Cajamarca in die indigenen Gebiete der Awajun eingedrungen. Die Gebiete sind teilweise seit Ende der 1970er Jahre legalisiert und haben eine Fläche von ca. 93.000 Hektar mit ca. 1.200 Einwohner*innen. Nach dem Eindringen der Siedler*innen haben verschiedene Delegationen der Awajun bei den entsprechenden juristischen Instanzen ihre Forderung nach der Räumung ihrer Gebiete eingebracht – und bekamen nach mehreren Versuchen auch Recht zugesprochen. Aber die Räumungen wurden von den zuständigen Behörden nie durchgeführt. Nach verschiedenen erfolglosen Versuchen, die Siedler*innen aus den indigenen Territorien mit legalen Mitteln zu auszuweisen, kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen es auch Tote gab.

Durch den Rechtshilfefonds konnte den indigenen Gemeinden eine juristische Unterstützung angeboten werden. Es gab eine Mediation der Konflikte zwischen den Siedler*innen und den indigenen Gemeinden zu Landrechtsfragen durch die lokale indigene Organisation ORPIAN in Zusammenarbeit mit der nationalen Organisation AIDSESEP.

SIE WOLLEN DEN FONDS FINANZIELL UNTERSTÜTZEN?

KONTAKTIEREN SIE UNS!

Spenden für den Fonds können Sie gerne an folgendes Konto des Klima-Bündnis überweisen. Wir beraten Sie gerne im Vorhinein!

GLS Gemeinschaftsbank e. G
BLZ: 430 609 67
Kontonummer 803 840 9 000
SWIFT: GENODEM1GLS
IBAN: DE0343060967803 840 9 000
Betreff: Rechtshilfefonds

Thomas Brose
Geschäftsführer, Klima-Bündnis
+49 69 7171 39-31 | t.brose@klimabuendnis.org

Silke Lunnebach
Projektleiterin, Klima-Bündnis
+49 69 7171 39-32 | s.lunnebach@klimabuendnis.org

DAS KLIMA-BÜNDNIS

Seit mehr als 25 Jahren setzen sich die Mitgliedskommunen des Klima-Bündnis mit ihren indigenen Partnern der Regenwälder für das Weltklima ein. Mit 1.700 Mitgliedern aus 26 europäischen Ländern ist das Klima-Bündnis das weltweit größte Städtenetzwerk, das sich dem Klimaschutz widmet, und das einzige, das konkrete Ziele setzt: Jede Klima-Bündnis-Kommune hat sich verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren. Da sich unser Lebensstil direkt auf besonders bedrohte Völker und Orte dieser Erde auswirkt, verbindet das Klima-Bündnis lokales Handeln mit globaler Verantwortung. klimabuendnis.org